

Jens Gmeiner

## Skandinavische Erfahrungen

### Mitte-Links-Bündnisse im Norden

Im Norden was Neues – so könnte man die Bündnispolitik im Mitte-Links-Spektrum seit Mitte der 2000er Jahre in Skandinavien beschreiben. Denn statt auf Minderheitsregierungen, die im Norden zum Alltag gehören, setzten die Mitte-Links-Parteien unter Führung der Sozialdemokraten zunehmend auf feste Bündnisse. Den Anfang machte Norwegen, als Sozialdemokraten, Linkssozialisten und die Zentrumsparterie ein gemeinsames Bündnis anstrebten und dann auch 2005 zum ersten Mal die Regierung stellen konnten. Vier Jahre später wurde die Regierung im Amt bestätigt, und die norwegischen Sozialdemokraten legten sogar noch leicht zu. Ende 2007 folgten die Sozialdemokraten in Dänemark, die zusammen mit den erstarkten Volkssozialisten ihre Kooperation hinter verschlossenen Türen vorbereiteten und im Sommer 2009 gemeinsame Steuer- und Finanzpläne mit dem Titel »Faire Veränderung« (*Fair Forandring*) vorstellten. 2011 gelang dann der Machtwechsel in Dänemark, und die Sozialdemokratin Helle Thorning-Schmidt bildete eine Minderheitsregierung mit den Volkssozialisten und den Linksliberalen – auch hier partizipierten die Volkssozialisten erstmalig an einer Regierung. Selbst im einstigen Paradeland der Sozialdemokratie, in Schweden, wo die Sozialdemokratische Arbeiterpartei bis Anfang der 2000er Jahre noch fast 40 % der Stimmen erringen konnte, fand nach der »Katastrophenwahl« 2006 ein Umdenken statt. Unter der neuen Parteivorsitzenden Mona Sahlin strebte die Partei seit 2008 ein gemeinsames Bündnis mit der Linkspartei und den Grünen an. Allerdings blieb dort die erstmalige bündnispolitische Offenheit und Elastizität nach links erfolglos. 2010 wurde die Mitte-Rechts-Regierung

unter Führung des konservativen Ministerpräsidenten Fredrik Reinfeldt wiedergewählt.

Es ist kein Zufall, dass sich seit Mitte der 2000er Jahre die Bündnispolitik der skandinavischen Sozialdemokraten erweitert hat und neue Optionen auf die Tagesordnung kamen. Überall in Skandinavien erlitten die Sozialdemokraten zu dieser Zeit empfindliche Wahlniederlagen und mussten

*Sinnvolle  
und notwendige  
Bündnisse*

auf den Oppositionsbänken Platz nehmen. In Dänemark wurden die Sozialdemokraten 2001 zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte von der rechtsliberalen Venstre überholt, die bis 2011 den Regierungschef stellte. Selbst in Schweden übernahm 2006 ein bürgerliches Vier-Parteienbündnis die Regierungsgeschäfte. Das historische Selbstverständnis der skandinavischen Sozialdemokraten, abonnierte »Staatsparteien« zu sein, erfuhr damit einen deutlichen Dämpfer. Bedrängt und eingengt von immer erfolgreicheren Rechtspopulisten – besonders in Dänemark und Norwegen – und postmaterialistischen Linkssozialisten und Grünen sowie wohlfahrtsstaatsfreundlicheren Konservativen gelang den Sozialdemokraten der Wählerspagat immer schwerer. Wenn allerdings der integrative Bogen zwischen den gesellschaftlichen Milieus innerhalb der Parteien nicht mehr geschlagen werden kann, so muss diese Integration bündnispolitisch vollzogen werden – durchaus mit Vorteilen für die skandinavischen Sozialdemokratien. In Norwegen und Dänemark integrierten die Sozialdemokraten neben den Linkssozialisten Parteien in ihre Bündnisse, die früher bereits auch in bürgerlichen Regierungen eingebunden waren –

wie die Zentrumsparterie und die Linksliberalen. Damit schwächten sie indirekt die bürgerlichen Koalitionsoptionen und sprachen Wähler abseits des traditionellen linken Milieus an. So konnten die dänischen Sozialdemokraten 2011 – trotz einem historisch schlechten Wahlergebnis von 24,8 % – mit der Einbindung der Linksliberalen und der Volkssozialisten eine Minderheitsregierung stellen.

Daneben ist eine linke Bündnispolitik im Hinblick auf das veränderte Wahlverhalten sinnvoll. Zwar sind die Wähler durchaus beweglicher geworden, aber die meisten Parteiwechsel vollziehen die Wähler innerhalb der Lagergrenzen. Gerade in Skandinavien, wo der ökonomische Rechts-Links-Konflikt bis heute virulent ist, kann eine solche Strategie durchaus Erfolge verbuchen. Insofern kann sich die skandinavische Sozialdemokratie auf einige wichtige Wählergruppen konzentrieren, ohne sich im Kampf mit linken und grünen Parteien im eigenen Lager aufzureiben. So gelang der Regierungswechsel 2011 in Dänemark, weil die Volkssozialisten und die Sozialdemokraten den Linksliberalen die Kritik an den einwanderungs-skeptischen Vorstellungen der Mitte-Rechts-Regierung überließen und sie sich auf Steuer- und Wohlfahrtsfragen fokussierten – wohlwissend, dass ein zu deutlich linksliberaler und immigrationsfreundlicher Kurs Wähler der Arbeiterklasse verschrecken könnte.

Eine linke Lagerpolitik hat aber noch einen weiteren Vorteil: Sie polarisiert, schärft die Konturen, erzeugt Erkennbarkeit und inhaltliches Profil, was für eine zunehmend erratisch wirkende Sozialdemokratie mehr Glaubwürdigkeit erzeugen kann. Was aber in Norwegen 2005 und in Dänemark 2011 funktioniert hat, wurde in Schweden 2010 zum Desaster für die Sozialdemokraten, weil die schwedischen Konservativen die polarisierende Lagerpolitik nutzten, um die linke Uneinigkeit in einigen Bereichen geschickt zu ihren

Gunsten auszuspielen. Hinzu kam, dass die Lagerpolitik in Schweden nicht die Parteien, sondern die Parteiführer ins Zentrum stellte. Und hier war die Sozialdemokratin Sahlin dem konservativen Ministerpräsidenten Reinfeldt deutlich unterlegen. Eine forcierte Lagerpolitik hat somit auch gewisse Nachteile, wie das Beispiel Schweden zeigt.

Eine profane Voraussetzung für Mitte-Links-Bündnisse – das zeigen die Erfahrungen aus Skandinavien – sind nicht zuletzt die langfristigen personellen und inhaltlichen Annäherungsprozesse an den Parteispitzen. In Dänemark übernahmen diese Rollen die Sozialdemokratin Helle-Thorning-Schmidt und der damalige Parteivorsitzende der Volkssozialisten Villy Søvndal, die seit 2007 ihre Kooperation intensivierten und im Sommer 2009 eine gemeinsame Plattform zur Steuerpolitik öffentlichkeitswirksam vorlegten. In Norwegen waren es der Sozialdemokrat Jens Stoltenberg, die Linkssozialistin Kristin Halvorsen und die Zentrumsvorsitzende Åslaug Haga, die sich für eine Koalition im Vorfeld öffneten und vor der Wahl ein in Arbeitsgruppen vorbereitetes gemeinsames 155-Punkte-Programm vorlegten. Solche Bündnisse in einem fragmentierten Parteiensystem brauchen allerdings einen speziellen Politikertypus, der moderieren, einschließen, befrieden und vermitteln kann. In der Tat waren die Sozialdemokraten Helle-Thorning-Schmidt und Jens Stoltenberg keine charismatischen Kraftmeier und Basta-Politiker, sondern ausgewiesene Pragmatiker und behutsame Brückenbauer zu den linken Partnern.

Eine aktuelle Bestandsaufnahme der linken Bündnispolitik in Skandinavien fällt dann doch etwas nüchterner aus, als die hoffnungsvollen Entwicklungen seit Mitte der 2000er Jahre erahnen lassen. Das norwegische Bündnis aus Sozialdemokraten, Linkssozialisten und Zentrumsparterie verlor 2013 die Regierungsmehrheit an ei-

*Nüchterne Bilanz*

ne Minderheitsregierung, bestehend aus den Konservativen und der rechtspopulistischen Fortschrittspartei. Die norwegischen Linksozialisten büßten in den acht Regierungsjahren über die Hälfte ihrer Wähler ein.

In Dänemark verließen die Volkssozialisten Anfang 2014 die sozialdemokratisch geführte Minderheitsregierung, nachdem der Streit über die Teilprivatisierung des größten dänischen Energieversorgers eskaliert war. Eine knappe Mehrheit der Parteiführung stellte sich hinter den Beschluss der Regierung, während die Basis gegen die Teilprivatisierung rebellierte. Die Volkssozialisten konnten generell fast keine ihrer politischen Versprechungen in der Regierung umsetzen. Auch hier flohen die Wähler seit dem Regierungseintritt der Volkssozialisten scharenweise zu der oppositionellen ökosozialistischen Einheitsliste, welche die Mitte-Links-Minderheitsregierung duldet.

Und auch in Schweden hat sich die bündnispolitische Offenheit der Sozialdemokraten nach links seit der Wahlniederlage 2010 merklich abgeschwächt, wird die frühzeitige Bündnisaussage doch bis heute als einer der Hauptgründe für die krachende Niederlage angesehen. Statt klaren Bekenntnissen im Vorfeld – wie es noch die damalige Parteivorsitzende Sahlin praktiziert hatte – schließt der gegenwärtige Vorsitzende Stefan Löfven zwar ein rotrot-grünes Bündnis nicht kategorisch aus, aber seine Signale an die Linkspartei sind eher vage und zögernd. Er liebäugelt offenbar mit einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung unter Einbezug der Grünen, wo er punktuelle Unterstützung von beiden Seiten des politischen Spektrums erfahren kann. Eine feste Blockpolitik kann natürlich auch Machtoptionen einschränken, gerade in Skandinavien, wo kulturelle, historische und institutionelle Faktoren Minderheitsregierungen begünstigen. Somit halten sich gegenwärtig überall in Skandinavien bei Linksozialisten und Sozial-

demokraten die Euphoriebekundungen für zukünftige Mitte-Links-Bündnisse in Grenzen.

Dabei kann sich die Bilanz der bisher längsten Mitte-Links-Regierung in Norwegen durchaus sehen lassen. Sie drehte die Privatisierungen im öffentlichen Dienst zwar nicht vollkommen zurück, konnte aber weitere Privatisierungen verhindern und den Wohlfahrtsstaat – auch ohne die sonst üblichen Deregulierungsformeln – effizienter ausbauen. Statt Privatisierungsbestrebungen, wie sie noch Anfang der 2000er Jahre beschworen wurden, schwangen sich die Sozialdemokraten wieder zu Verteidigern des inkludierenden Wohlfahrtsstaates auf. »Alle sollen mitkommen« (*Alle skal med*) wurde zu ihrer Formel.

Selbst wenn man Norwegen mit seinen Ölmilliarden und Haushaltsüberschüssen einen Sonderstatus zugestehen muss, zeigt die Entstehung des Mitte-Links-Bündnisses dort anschaulich, wie solche Bündnisse von »unten« wachsen können. Denn neben der Annäherung der parteipolitischen Akteure spielten vor allem außerparlamentarische Akteure wie Gewerkschaften und soziale Bewegungen eine gewichtige Rolle für die Bildung des Mitte-Links-Bündnisses. Die norwegischen Gewerkschaften, die sich seit den 90er Jahren zunehmend von den Sozialdemokraten entfernt hatten, forderten vor der Wahl 2005 ihre Mitglieder und Lokalgliederungen auf, ihre Wünsche und Forderungen für eine neue Regierung zu formulieren. Eine ähnliche Strategie verfolgten soziale Bewegungen, welche die Forderungen ihrer Mitglieder in mehreren Politikbereichen zusammenfassten und in den öffentlichen Diskurs speisten. Die Gewerkschaften und sozialen Bewegungen prägten mit ihren Forderungen die politische Agenda vor der Wahl. Damit näherten sich die Sozialdemokraten wieder an die Gewerkschaften an, was sich auch in den Wahlanteilen niederschlug. Hatte

*Gewerkschaften  
als programmatische  
Treiber*

2001 nur jedes dritte Mitglied des Gewerkschaftsverbandes LO (*Landsorganisasjonen i Norge*) für die Sozialdemokraten gestimmt, so votierte 2005 jedes zweite Mitglied für die Partei.

Wenn man etwas aus den Erfahrungen aus Skandinavien lernen kann, dann dass Mitte-Links- Bündnisse nicht über Nacht wachsen, sondern langfristig personell und inhaltlich vorbereitet – und wie im Fall Norwegen – am besten von gesellschaftlichen Koalitionen mit initiiert und von den Gewerkschaften mit angestoßen werden sollten. Was das Beispiel Norwegen auch zeigt, ist, dass es vor einem Bündnis zuerst eines gemeinsamen Ziels bedarf, gewissermaßen einer Projektionsfläche, die wie im Fall des inklusiven nordischen Wohlfahrtsstaates, als narrativer und politischer Brückenbauer dienen kann.

Was allerdings die komplementäre Wähleransprache der Bündnisparteien betrifft, so sollte man sich vor vorschnellen Aussagen hüten. Denn: Dort, wo Mitte-Links-Bündnisse an die Regierung kamen, wie in Dänemark und Norwegen, sind Teile der Arbeiterklasse und der unteren Schichten gar nicht mehr im linken Lager integriert, sondern schon zuvor scharenweise zu den Rechtspopulisten abgewandert. So sind die Anteile der Arbeiter an der Gesamtwählerschaft der dänischen Sozialdemokraten und Volkssozialisten merklich geschrumpft, während die Anteile der rechtspopulistischen Dänischen Volkspartei und der rechts-liberalen Venstre sukzessive gestiegen sind. Um aber mehrheits-

fähig zu bleiben, dürfen die Linksparteien, insbesondere die Sozialdemokraten, ihren bisherigen Kernbestand an Arbeiterwählern nicht verlieren. Gleichzeitig aber können sie besonders bei brisanten Fragen wie der Immigrationspolitik nicht zu nachgiebig sein, um nicht ins rechte Fahrwasser zu geraten. Hier stehen die Sozialdemokraten vor einem Dilemma, da in den letzten Jahren weniger die Sozial- und Wohlfahrtspolitik, sondern vor allem die Integrations- und Migrationspolitik zu tiefgreifenden gesellschaftlichen Konfliktlinien geführt hat, die sich wie in Dänemark zu einem »Kulturkampf« potenzieren können.

Insofern liegt es vor allem an den Sozialdemokraten, nicht vorschnell auf postmaterielle und akademische Elitendiskurse aufzuspringen, sondern die Ängste und Sorgen der einfachen Bevölkerungsschichten weiterhin im Blick zu behalten. Eine weiterhin enge personelle und inhaltliche Anbindung an die Gewerkschaften mag hierfür sicherlich sinnvoll sein, um die Verbindung zu den Lebenswelten vor Ort nicht zu verlieren und über deren Integrationskraft gesellschaftliche und politische Brücken zu bauen. Denn dort, wo die ehemaligen Kernwähler sich von den einst integrierenden Organisationen der Arbeiterbewegung abgewendet haben, sind sie auch mit einer innovativen Bündnispolitik nicht mehr so einfach zurückzuholen. Das zeigen die Erfahrungen aus Skandinavien leider auch, wo der Rechtspopulismus fest etabliert ist und regierungstauglich wird.



#### Jens Gmeiner

Politikwissenschaftler und Skandinavist, ist Mitarbeiter am Göttinger Institut für Demokratieforschung. Er promoviert über die Wandlungsprozesse der schwedischen Konservativen seit 2002.

[jens.gmeiner@demokratie-goettingen.de](mailto:jens.gmeiner@demokratie-goettingen.de)